

Sitzung vom
2. März 2021

Mitgeteilt den
3. März 2021

Protokoll Nr.
211/2021

Anfrage Ruckstuhl

betreffend Erteilung politischer Rechte für Menschen mit einer umfassenden Beistandschaft

Antwort der Regierung

Frage 1: Das Schweizerische Zivilgesetzbuch (ZGB; SR 210) kennt folgende Arten von Beistandschaften:

- *Begleitbeistandschaft (Art. 393 ZGB):* Eine Begleitbeistandschaft wird mit Zustimmung der hilfsbedürftigen Person errichtet, wenn diese für die Erledigung bestimmter Angelegenheiten begleitende Unterstützung braucht. Die Begleitbeistandschaft schränkt die Handlungsfähigkeit der betroffenen Person nicht ein.
- *Vertretungsbeistandschaft (Art. 394 f. ZGB), allgemeine Vertretung:* Eine Vertretungsbeistandschaft wird errichtet, wenn die hilfsbedürftige Person bestimmte Angelegenheiten nicht erledigen kann und deshalb vertreten werden muss. Wo die Vertretungsbefugnis auch die Vermögensverwaltung betrifft, spricht man von einer *Vertretungsbeistandschaft mit Vermögensverwaltung*, die als spezifische Form in Art. 395 ZGB separat geregelt wird.
- *Mitwirkungsbeistandschaft (Art. 396 ZGB):* Eine Mitwirkungsbeistandschaft wird errichtet, wenn bestimmte Handlungen der hilfsbedürftigen Person zu deren Schutz der Zustimmung des Beistands oder der Beistandin bedürfen.
- *Kombinationen von Begleit-, Vertretungs- und Mitwirkungsbeistandschaft (Art. 397 ZGB):* Die Begleit-, die Vertretungs- und die Mitwirkungsbeistandschaft können miteinander kombiniert werden.
- *Umfassende Beistandschaft (Art. 398 ZGB):* Eine umfassende Beistandschaft wird errichtet, wenn eine Person, namentlich wegen dauernder Urteilsunfähigkeit, besonders hilfsbedürftig ist. Sie bezieht sich auf alle Angelegenheiten der Personensorge, der Vermögenssorge und des Rechtsverkehrs. Die Handlungsfähigkeit der betroffenen Person entfällt von Gesetzes wegen.

Anzahl verbeiständeter Menschen im Kanton Graubünden jeweils am Jahresende: 2017: 2644 (Erwachsene 2014, Kinder 630), 2018: 2672 (Erwachsene 2027, Kinder 645), 2019: 2704 (Erwachsene 2080, Kinder 624).

Anzahl Personen ohne politische Rechte aufgrund einer umfassenden Beistandschaft nach Art. 398 ZGB am 31.12. des entsprechenden Jahres: 2017: 15, 2018: 17, 2019: 15.

Frage 2: Der Regierung ist es wichtig, dass sich Menschen mit einer Behinderung im Kanton Graubünden am politischen Prozess beteiligen können. Eine systematische Verweigerung politischer Rechte gegenüber Menschen mit Behinderung wäre diskriminierend und würde gegen Völkerrecht verstossen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte anerkannte auf der anderen Seite aber auch, dass es unter gewissen Umständen zulässig ist, Personen mit geistiger Behinderung von den politischen Rechten auszuschliessen. Es brauche dafür aber eine individuelle Prüfung (vgl. Urteil EGMR Nr. 38832/06 in Sachen Kiss gegen Ungarn vom 20. Mai 2010).

Der Kanton Graubünden regelt den Ausschluss vom Stimm- und Wahlrecht analog zum Bund (vgl. Art 136 Bundesverfassung, BV; SR 101 und Art. 2 Bundesgesetz über die politischen Rechte, BPR; SR 161.1). Gemäss Art. 9 Abs. 2 Kantonsverfassung (KV; BR 110.100) sind [nur] Personen vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlos-

sen, die wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden. Das heutige Kindes- und Erwachsenenschutzrecht im ZGB trägt dem Umstand der politischen Beteiligung von Menschen mit einer Behinderung ausführlich Rechnung und sieht eine Einzelfallprüfung vor. Die KESB orientiert sich am Grundsatz, die Rechte der Person so wenig wie möglich und so viel wie nötig einzuschränken. Gegen verfügte Schutzmassnahmen können Betroffene eine Beschwerde einreichen, wodurch der Entscheidung der KESB gerichtlich überprüft wird. Zudem wird die Verhältnismässigkeit der Massnahme periodisch kontrolliert. Die Beistandspersonen und die Betroffenen können auch jederzeit bei der KESB einen Antrag auf Anpassung der Massnahme stellen.

Im Übrigen soll geprüft werden, wie die Ausübung der politischen Rechte, namentlich des Stimm- und Wahlrechts, für Menschen mit Behinderungen allgemein noch weiter erleichtert werden kann. Eine bedeutende Rolle kommt dabei der Einführung von E-Voting zu. Ein weiterer Bereich ist der Zugang zu den Abstimmungsinformationen und deren leichte Verständlichkeit.

Frage 3: Anlässlich der Beantwortung des Auftrags Holzinger-Loretz betreffend Leitbild «Leben mit Behinderungen» hat die Regierung eine erste Bestandesaufnahme anhand der Zielsetzungen der UN Behindertenrechtskonvention (UN BRK) in Aussicht gestellt. Diese wird aufzeigen, welche Themen der UN BRK der Kanton Graubünden bereits umgesetzt hat und welche künftig bearbeitet werden sollen. Dadurch kann die Frage 3 der vorliegenden Anfrage zu einem späteren Zeitpunkt umfassend beantwortet werden. Exemplarisch sei auf das laufende Projekt der hindernisfreien Ausgestaltung von Bushaltestellen hingewiesen, mit welchem der Kanton Graubünden der Forderung der UN BRK nach einem gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderung zu Transportmitteln nachkommt (Art. 9 Abs. 1 UN BRK).

Frage 4: Der Bund hat 2016 den sogenannten Initialstaatenbericht zur UN Behindertenrechtskonvention verfasst und dem Ausschuss der Vereinten Nationen eingereicht. Wie jeder Vertragsstaat muss die Schweiz alle vier Jahre Auskunft über die getroffenen Massnahmen und die dabei erzielten Fortschritte geben. Der Ausschuss der Vereinten Nationen hat den mit der Schweiz für März 2021 geplanten Austausch über den Initialstaatenbericht aufgrund der Corona-Pandemie vertagt. Eine Rückmeldung des Bundes an die Kantone zur Umsetzung der UN BRK auf Grundlage des Initialstaatenberichtes ist daher noch nicht erfolgt.

Im Rahmen des "Nationalen Dialogs Sozialpolitik Schweiz (NDS)" wird ein regelmässiger Austausch auf politischer und fachlicher Ebene zum Thema Behindertenpolitik gepflegt. Dabei kommt der Zusammenarbeit, der Koordination sowie dem Austausch von Informationen zwischen Bund und Kantonen eine wichtige Rolle zu. Dazu gehört auch die Bearbeitung eines gemeinsamen Mehrjahresprogramms durch eine Arbeitsgruppe Behindertenpolitik. Das aktuelle Mehrjahresprogramm (2018-2021) heisst "Selbstbestimmtes Leben" und orientiert sich an Art. 19 der UN BRK, welcher die unabhängige Lebensführung von Menschen mit Behinderung und ihre vollumfängliche Einbeziehung in die Gesellschaft postuliert.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Dr. Mario Cavigelli

Daniel Spadin

Anfrage Ruckstuhl betreffend Erteilung politischer Rechte für Menschen mit einer umfassenden Beistandschaft

Am 29. November 2020 haben die Genfer Bürgerinnen und Bürger klar «Ja» dazu gesagt, dass rund 1200 Menschen, die unter umfassender Beistandschaft stehen, politische Rechte erhalten.

Somit ist Genf der erste der 26 Kantone in der Schweiz, in welchem Personen unabhängig von ihrer geistigen oder psychischen Behinderung abstimmen und wählen dürfen. Dazu gehört auch das passive Wahlrecht: Im Kanton sind also auch Menschen mit Behinderungen in öffentliche Ämter wählbar.

Mit dem klaren Verdikt ist Genf auch der einzige Schweizer Kanton, der das internationale Behindertenrecht respektiert; denn der aktuelle Ausschluss sowohl auf kantonaler als auch auf Bundesebene verstösst gegen die UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, der die Schweiz 2014 beitrug. Der für die Umsetzung der Konvention zuständige UNO-Ausschuss, dem mit dem Basler Staatsrechtsprofessor Markus Schefer auch ein Vertreter aus der Schweiz angehört, duldet keine Einschränkungen der politischen Rechte.

Die Unterzeichnenden stellen dazu folgende Fragen:

1. Welche Arten von Beistandschaften gibt es, wie sind sie charakterisiert und wie viele Menschen im Kanton Graubünden (Erwachsene, Kinder) sind verbeiständet? Wie viele Personen in den jeweiligen Beistandschaften haben keine politischen Rechte?
2. Hat die Regierung die UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf ihrer Agenda für die Verbesserung der politischen Rechte von Menschen mit Behinderung?
3. Gibt es im Kanton Graubünden weitere Themen, die im Rahmen der UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umgesetzt werden?
4. Hat der Bund bereits interveniert und die Umsetzung der UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eingefordert? Welchen Austausch gibt es unter den kantonalen Regierungen zu diesem Thema?

Davos, 9. Dezember 2020

Ruckstuhl, Hitz-Rusch, Tomaschett (Chur), Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Bettinaglio, Brunold, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Crameri, Danuser, Degiacomi, Deplazes (Rabius), Derungs, Epp, Florin-Caluori, Flüttsch, Gasser, Hofmann, Holzinger-Loretz, Kohler, Kunfermann, Loepfe, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Felsberg), Niggli-Mathis (Grüsch), Paterlini, Preisig, Sax, Schmid, Schneider, Schwärzel, Tomaschett-Berther (Trun), Widmer (Felsberg), Wilhelm, Bürgi-Büchel, Gaupp, Giudicetti, Pajic, Spreiter, Stieger, Tomaschett (Chur)



Sesida dals

2 da mars 2021

Communitgà ils

3 da mars 2021

Protocol nr.

211/2021

Dumonda Ruckstuhl

concernent la concessiun da dretgs politics a persunas sut curatella cumplessiva

Resposta da la Regenza

Dumonda 1: Il Cudesch civil svizzer (CCS; CS 210) enconuscha ils suandants geners da curatella:

- *Curatella accumpagnada (art. 393 CCS):* Ina curatella accumpagnada vegn installada cun il consentiment da la persuna basegnusa, sche quella dovra in sustegn accumpagnà per liquidar tscherts affars. La curatella accumpagnada na restrenscha betg l'abiltad d'agir da la persuna pertutgada.
- *Curatella da represchentanza (art. 394 f. CCS), represchentanza generala:* Ina curatella da represchentanza vegn installada, sche la persuna basegnusa na po betg liquidar tscherts affars e sto perquai vegnir represchentada. Nua che la cumpetenzza da represchentanza pertutga er l'administraziun da la facultad, vegni discurre d'ina *curatella da represchentanza cun administraziun da facultad*. Quella vegn reglada separadamain sco furma specifica en l'art. 395 CCS.
- *Curatella participativa (art. 396 CCS):* Ina curatella participativa vegn installada, sche tschertas acziuns da la persuna basegnusa ston vegnir approvadas dal procuratur per la proteger uschia.
- *Cumbinaziun da curatella accumpagnada, da curatella da represchentanza e da curatella participativa (art. 397 CCS):* La curatella accumpagnada, la curatella da represchentanza e la curatella participativa pon vegnir cumbinadas ina cun l'autra.
- *Curatella cumplessiva (art. 398 CCS):* Ina curatella cumplessiva vegn installada, sch'ina persuna è spezialmain basegnusa, oravant tut per motivs d'ina inabiltad permanenta da giuditgar. Ella vala per tut ils affars da la tgira da persunas, da la tgira da la facultad e da la correspundenza giuridica. L'abiltad d'agir da la persuna pertutgada croda davent tenor la lescha.

Dumber da persunas sut curatella en il chantun Grischun, mintgamai a la fin da l'onn: 2017: 2644 (2014 creschids, 630 uffants), 2018: 2672 (2027 creschids, 645 uffants), 2019: 2704 (2080 creschids, 624 uffants).

Dumber da persunas senza dretgs politics pervia d'ina curatella cumplessiva tenor l'art. 398 CCS, ils 31 da december da l'onn respectiv: 2017: 15, 2018: 17, 2019: 15.

Dumonda 2: Per la Regenza èsi impurtant che persunas cun impediments en il chantun Grischun possian sa participar al process politic. Ina refusa sistemática dals dretgs politics a persunas cun impediments fiss discriminanta e violass il dretg internaziunal. Da l'autra vart ha il Tribunal europeic dals dretgs umans dentant er reconuschì ch'igl è admissibel d'excluder persunas cun impediments spierts – sut tschertas circumstanzas – dals dretgs politics. Per far quai saja dentant necessaria in'examinaziun individuala (cf. sentenza dal Tribunal europeic dals dretgs umans nr. 38832/06 en chaussas Kiss cunter l'Ungaria dals 20 da matg 2010).

En il chantun Grischun è l'exclusiun dal dretg da votar e d'eleger reglada analogamain a la Confederaziun (cf. art. 136 da la Constituziun federala [Cst.; CS 101] ed art. 2 da la Lescha federala davart ils dretgs politics [LDP; CS 161.1]). Tenor l'art. 9 al. 2 da la Constituziun chantunala (CC; DG 110.100) èn exclusas dal dretg da votar

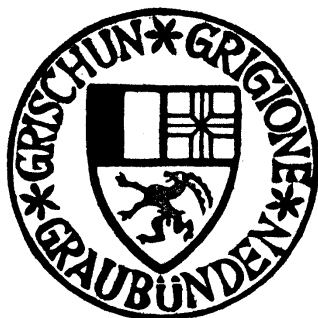
e d'eleger [mo] personas che stattan sut assistenza cumplessiva u che vegnan represchentadas tras ina persuna che ha l'incumbensa d'avair quità dad ellas pervia d'incapacitad permanenta da giuditgar. Il dretg actual da la protecziun d'uffants e da creschids en il CCS tegna quint detagliadamain da la circumstanza da la participaziun politica da personas cun impediments e prevesa in'examinaziun en il cas singul. L'APUC lavura tenor il princip da restrenscher ils dretgs d'ina persuna uschè pauc sco pussaivel ed uschè fitg sco necessari. Cunter mesiras da protecziun disponidas da l'APUC pon las personas pertutgadas far recurs, uschia che la decisiun da l'APUC vegn examinada d'ina dretgira. Ultra da quai vegn la commensurabladad da la mesira controllada periodicamain. Las procuraturas ed ils procuraturs sco er las persunas pertutgadas pon er inoltrar a l'APUC da tut temp ina dumonda d'adattar la mesira.

Dal rest duai vegnir examinà, co ch'il diever dals dretgs politics, en spezial dal dretg da votar e d'eleger, po vegnir facilità en general anc pli fitg per las personas cun impediments. Ina rolla impurtanta gioga en quest connex l'introducziun dal e-voting. In ulteriur sector è l'access a las infurmaziuns da votaziun e lur formulaziun bain chapibla.

Dumonda 3: A chaschun da la resposta a l'incumbensa Holzinger-Loretz concernent il maletg directiv "Viver cun impediments" ha la Regenza empermess in'emprima inventarisaziun a maun da las finamiras da la Convenziun da l'ONU davart ils dretgs dals umans cun impediments (CRPD). Tala vegn a mussar, tge temas da la CRPD ch'il chantun Grischun ha gia realisà e tgenins che duain vegnir elavurads en l'avegnir. Uschia po la dumonda 3 da questa intervenziun vegnir respundida pli tard en moda cumplessiva. Sco exempel duai vegnir numnà il project current per concepir las fermadas da bus tenor ils basegns da las personas cun impediments. Cun quest project ademplescha il chantun Grischun la pretensiun da la CRPD che las personas cun impediments duain avair ils medems dretgs d'access als meds da transport sco las autras personas (art. 9 al. 1 CRPD).

Dumonda 4: La Confederaziun ha redigì l'onn 2016 l'uschenumnà rapport naziunal inicial tar la CRPD ed inoltrà quel al Comité da las Naziuns Unidas. Sco mintga stadi contractant sto er la Svizra dar mintga 4 onns pled e fatg davart las mesiras prendidas e davart ils progress cuntanschids. Il mars 2021 era planisà in barat cun la Svizra davart il rapport naziunal inicial. Pervia da la pandemia dal coronavirus ha il Comité da las Naziuns Unidas spustà quest barat. La Confederaziun n'ha perquai betg anc dà in resun als chantuns sin basa dal rapport naziunal inicial concernent la realisaziun da la CRPD.

En il rom dal "Dialog naziunal davart la politica sociala svizra (DNPS)" vegn tgirà in barat regular sin plaun politic e spezialisà davart la politica da personas cun impediments. En quest connex giogan la collavuraziun, la coordinaziun ed il barat d'infurmaziuns tranter la Confederaziun ed ils chantuns ina rolla impurtanta. Latiers tutga er l'elavuraziun d'in program cuminaivel da plirs onns tras ina gruppa da lavur "Politica da personas cun impediments". Il program actual da plirs onns (2018-2021) sa numna "Vita autodeterminada" e s'orientescha a l'art. 19 CRPD che postulescha la vita independenta da personas cun impediments e lur integraziun completa en la societad.



En num da la Regenza

Il president:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

Il chancelier:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin

Dumonda Ruckstuhl concernent la concessiun da dretgs politics a persunas sut curatella cumplexsiva

Ils 29 da november 2020 han las votantas ed ils votants da Genevra ditg cleramain «gea» a la concessiun da dretgs politics a var 1200 persunas sut curatella cumplexsiva.

Uschia è Genevra l'emprim dals 26 chantuns svizzers, en il qual persunas dastgan votar ed eleger independentamain da lur impediment spiertal u psichic. Latiers tutga er il dretg d'eleger passiv: En il chantun pon pia er persunas cun impediments vegnir elegidas en uffizis publics.

Cun quest cler verdict è Genevra er l'unic chantun svizzer che respecta il dretg internaziunal davart las persunas cun impediments; l'exclusiun actuala sin plaun chantunal e federal cuntrafa numnadamain a la Convenziun da la ONU davart ils dretgs da persunas cun impediments, da la quala la Svizra fa part dapi l'onn 2014. La cumissiun da la ONU ch'è responsabla per realisar la convenziun na permetta naginas restricziuns dals dretgs politics. A questa cumissiun appartegna dal rest er in represchentant da la Svizra: Markus Schefer, professer da dretg public a Basilea.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders tschantan las suandantas dumondas en quest connex:

1. Tge geners da curatella datti, co è els caracterisads e quantas persunas en il chantun Grischun (persunas creschidas, uffants) èn sut curatella? Quantas persunas en ils differents geners da curatella n'han nagins dretgs politics?
2. Figurescha la Convenziun da la ONU davart ils dretgs da persunas cun impediments sin l'agenda da la Regenza per megliarar ils dretgs politics da persunas cun impediments?
3. Existan en il chantun Grischun ulteriurs temas che vegnan realisads en il rom da la Convenziun da la ONU davart ils dretgs da persunas cun impediments?
4. È la Confederaziun gia intervegnida ed ha ella pretendì da realisar la Convenziun da la ONU davart ils dretgs da persunas cun impediments? Tge barat exista tranter las regenzas chantunalas pertutgant quest tema?

Tavau, ils 9 da december 2020

Ruckstuhl, Hitz-Rusch, Tomaschett (Cuir), Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Bettinaglio, Brunold, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Cuir), Crameri, Danuser, Degiacomi, Deplazes (Rabius), Derungs, Epp, Florin-Caluori, Flütsch, Gasser, Hofmann, Holzinger-Loretz, Kohler, Kunfermann, Loepfe, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Favugn), Niggli-Mathis (Grüsch), Paterlini, Preisig, Sax, Schmid, Schneider, Schwärzel, Tomaschett-Berther (Trun), Widmer (Favugn), Wilhelm, Bürgi-Büchel, Gaupp, Giudicetti, Pajic, Spreiter, Stieger, Tomaschett (Cuir)



Seduta del
2 marzo 2021

Comunicata il
3 marzo 2021

Protocollo n.
211/2021

Interpellanza Ruckstuhl

concernente la concessione di diritti politici a persone soggette a una curatela generale

Risposta del Governo

Domanda 1: il Codice civile svizzero (CC; RS 210) prevede i seguenti tipi di curatela:

- *Amministrazione di sostegno (art. 393 CC):* se la persona bisognosa di aiuto necessita di un sostegno per provvedere a determinati affari, con il suo consenso è istituita un'amministrazione di sostegno. L'amministrazione di sostegno non limita l'esercizio dei diritti civili dell'interessato.
- *Curatela di rappresentanza (art. 394 seg. CC), rappresentanza generale:* se la persona bisognosa di aiuto non può provvedere a determinati affari e deve pertanto essere rappresentata, è istituita una curatela di rappresentanza. Nei casi in cui il potere di rappresentanza riguarda anche l'amministrazione dei beni, si parla di una *curatela di rappresentanza per l'amministrazione dei beni*, che in quanto forma specifica viene disciplinata separatamente dall'art. 395 CC.
- *Curatela di cooperazione (art. 396 CC):* una curatela di cooperazione è istituita se occorre che il curatore acconsenta a determinati atti della persona bisognosa d'aiuto, per proteggerla.
- *Combinazioni tra amministrazione di sostegno, curatela di rappresentanza e curatela di cooperazione (art. 397 CC):* l'amministrazione di sostegno e le curatele di rappresentanza e di cooperazione possono essere combinate.
- *Curatela generale (art. 398 CC):* una curatela generale è istituita se una persona ha un particolare bisogno d'aiuto, segnatamente a causa di durevole incapacità di discernimento. Essa comprende tutto quanto concerne la cura della persona e degli interessi patrimoniali, nonché le relazioni giuridiche. L'interessato è privato per legge dell'esercizio dei diritti civili.

Numero di persone soggette a curatela nel Cantone dei Grigioni alla fine del relativo anno: 2017: 2644 (adulti 2014, minori 630), 2018: 2672 (adulti 2027, minori 645), 2019: 2704 (adulti 2080, minori 624).

Numero di persone prive dei diritti politici a seguito di una curatela generale secondo l'art. 398 CC il 31.12. del relativo anno: 2017: 15, 2018: 17, 2019: 15.

Domanda 2: il Governo ritiene che sia importante che nel Cantone dei Grigioni le persone portatrici di handicap possano partecipare al processo politico. Privare le persone portatrici di handicap in maniera sistematica dei diritti politici sarebbe discriminatorio e costituirebbe una violazione del diritto internazionale. D'altro lato la Corte europea dei diritti dell'uomo ha riconosciuto anche che in determinate circostanze è possibile privare dei diritti politici persone affette da handicap mentale. A tale scopo però sarebbe necessario un esame individuale (cfr. sentenza CEDU n. 38832/06 nella pratica Kiss contro Ungheria del 20 maggio 2010).

Il Cantone dei Grigioni disciplina l'esclusione dal diritto di voto e di elezione in analogia alla Confederazione (cfr. art. 136 della Costituzione federale, Cost.; RS 101 e art. 2 della legge federale sui diritti politici, LDP; RS 161.1). Conformemente all'art. 9 cpv. 2 della Costituzione cantonale (Cost. cant.; CSC 110.100) sono escluse dal diritto di voto e di elezione [solo] le persone che a causa di durevole incapacità di discernimento sono sottoposte a curatela generale o sono rappresentate da una persona che hanno designato con mandato precauzionale. Il diritto odierno in materia di

protezione dei minori e degli adulti nel CC tiene debitamente conto della partecipazione politica di persone portatrici di handicap e prevede un esame dei singoli casi. L'APMA si attiene al principio secondo cui i diritti della persona devono essere limitati il meno possibile e solo nella misura necessaria. Le persone interessate possono presentare ricorso contro misure di protezione disposte, in tal caso la decisione dell'APMA viene verificata da un giudice. Inoltre la proporzionalità della misura viene controllata a intervalli regolari. In qualsiasi momento i curatori e le persone interessate possono presentare all'APMA una richiesta di adeguamento della misura.

Per il resto occorre esaminare in che modo l'esercizio dei diritti politici, segnatamente del diritto di voto e di elezione, possa essere reso ancora più agevole per persone portatrici di handicap in generale. A tale proposito l'introduzione dell'e-voting riveste un ruolo importante. Un ulteriore ambito è rappresentato dall'accesso alle informazioni di voto e alla loro facile comprensibilità.

Domanda 3: rispondendo all'incarico Holzinger-Loretz concernente le linee direttive "Convivere con le disabilità" il Governo ha prospettato una prima analisi della situazione sulla base degli obiettivi previsti dalla Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità. Da questa analisi si potrà desumere quali sono i temi della Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità che il Cantone dei Grigioni ha già messo in atto e quali dovranno essere affrontati in futuro. Pertanto si potrà fornire una risposta completa alla domanda 3 dell'interpellanza in oggetto in un secondo momento. A titolo esemplificativo si richiama l'attenzione sul progetto in corso riguardante una realizzazione senza ostacoli delle fermate dei bus, con il quale il Cantone dei Grigioni dà seguito alla richiesta della Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità di assicurare alle persone con disabilità, su base di uguaglianza con gli altri, l'accesso ai trasporti (art. 9 cpv. 1 della Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità).

Domanda 4: nel 2016 la Confederazione ha redatto il cosiddetto rapporto nazionale iniziale relativo alla Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità e lo ha inoltrato al Comitato delle Nazioni Unite. Al pari di ogni Stato contraente, ogni quattro anni la Svizzera deve fornire informazioni riguardo alle misure adottate e ai progressi realizzati. A causa della pandemia di coronavirus, il Comitato delle Nazioni Unite ha rinviato i colloqui con la Svizzera riguardo al rapporto nazionale previsti per marzo 2021. Pertanto la Confederazione non ha ancora fornito nessun riscontro ai Cantoni riguardo all'attuazione della Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità sulla base del rapporto nazionale iniziale.

Nel quadro del "Dialogo nazionale sulla politica sociale svizzera (DNS)" si tiene un dialogo regolare riguardo alla politica in materia di disabilità a livello politico e tecnico. La collaborazione, il coordinamento nonché lo scambio di informazioni tra la Confederazione e i Cantoni rivestono un ruolo importante in tale contesto. Vi rientra anche il lavoro su un programma pluriennale condiviso svolto dal gruppo di lavoro "Politica in favore delle persone disabili". Il programma pluriennale attuale (2018-2021) è denominato "Vita autodeterminata" e si conforma all'art. 19 della Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità il quale postula una vita indipendente di persone portatrici di handicap e la loro inclusione completa nella società.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Interpellanza Ruckstuhl concernente la concessione di diritti politici a persone soggette a una curatela generale

Il 29 novembre 2020 i cittadini ginevrini hanno detto chiaramente "sì" alla concessione di diritti politici a circa 1200 persone soggette a una curatela generale.

Pertanto Ginevra è il primo dei 26 Cantoni svizzeri in cui le persone possono partecipare a votazioni ed elezioni indipendentemente da disabilità mentali o psichiche. Vi rientra anche il diritto di elezione passivo: quindi nel Cantone anche persone disabili possono essere elette a ricoprire cariche pubbliche.

Con questo verdetto chiaro, quello di Ginevra è anche l'unico Cantone svizzero a rispettare il diritto internazionale in materia di disabilità; infatti l'esclusione attuale sia a livello cantonale sia a livello federale viola la Convenzione dell'ONU sui diritti delle persone con disabilità, alla quale la Svizzera ha aderito nel 2014. Il Comitato dell'ONU competente per l'attuazione della Convenzione, del quale fa parte anche Markus Schefer, professore di diritto costituzionale di Basilea, non tollera limitazioni dei diritti politici.

Le firmatarie e i firmatari pongono le seguenti domande al riguardo:

1. Quali tipi di curatela esistono, quali sono i loro elementi caratterizzanti e quante persone nel Cantone dei Grigioni (adulti, minori) sono soggette a curatela? Quante persone soggette alle rispettive curatele non godono di diritti politici?
2. La Convenzione dell'ONU sui diritti delle persone con disabilità fa parte dell'agenda del Governo in vista di un miglioramento dei diritti politici di persone disabili?
3. Nel Cantone dei Grigioni esistono altri temi che vengono attuati nel quadro della Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità?
4. La Confederazione è già intervenuta richiedendo l'attuazione della Convenzione ONU sui diritti delle persone con disabilità? Quali scambi tra i Governi cantonali esistono su questo argomento?

Davos, 9 dicembre 2020

Ruckstuhl, Hitz-Rusch, Tomaschett (Coira), Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Bettinaglio, Brunold, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Coira), Crameri, Danuser, Degiacomi, Deplazes (Rabius), Derungs, Epp, Florin-Caluori, Flütsch, Gasser, Hofmann, Holzinger-Loretz, Kohler, Kunfermann, Loepfe, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Felsberg), Niggli-Mathis (Grüsch), Paterlini, Preisig, Sax, Schmid, Schneider, Schwärzel, Tomaschett-Berther (Trun), Widmer (Felsberg), Wilhelm, Bürgi-Büchel, Gaupp, Giudicetti, Pajic, Spreiter, Stieger, Tomaschett (Coira)